Bezugsgebühr
[illegible] Mk. 2.50, durch die Post Mk. 3.75.
Annahme von Ankündigungen:
Marienstr. 38 p. Werkt. 9–3 Uhr Vorm., Sonntags v. Werkt. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Für 1spaltige Grundzeile gewöhnlicher 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montage oder nach Feiertagen 20 Pfg. für Familiennachrichten 2c.), bez. 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Unbestellte Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Konfirmanden-Anzüge
Beste Ausführung, fertig und nach Maass.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Die Buchbinderei und Prägeanstalt von **Anton Müller** befindet sich Lüttichaustr. 19
Fernsprecher Amt III. Nr. 3737.
Preise billig.

„Heimchen am Herd"
Illustrierte Wochenschrift für die Familie.
Preis nur 10 Pfg. pro Nummer.
Verlag des „Universum", Dresden.

MATTONI's GIESSHÜBLER stärkster alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

Hocharmige Nähmaschinen mit Fussbank empfiehlt
H. Grossmann, Nähmaschinenfabrik
5 Waisenhausstrasse 5.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1937.

Specialität: Hochelegante Vernickelung von Schlittschuhen.
Dresdner Vernickelungs-Anstalt Otto Büttner, 1–3 Falkenstrasse 1–3.

Nr. 22. Spiegel: Die Minister Miquel und Hammerstein-Loxten. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen. Circus, Gerichtsverhandlungen. „Orpheus und Eurydike", Philharmonisches Concert, Raffaelli-Ausstellung. | Muthmaßliche Witterung: Unsicher, kalt. | **Donnerstag, 23. Januar.**

Für die Monate Februar u. März

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 1 Gulden 69 Kreuzern angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Die beiden preußischen Minister Miquel und Freiherr v. Hammerstein-Loxten haben in ihrer ministeriellen Laufbahn einen eigenthümlichen Entwickelungsgang durchgemacht. Miquel, bei der Uebernahme des Finanzministeriums von seinen nationalliberalen Fraktionsgenossen mit den lebhaftesten Hoffnungen begrüßt, wurde Anfangs von der konservativen Partei als der „kommende Mann" mit Mißtrauen behandelt. Aber allmählich änderte sich das Verhältniß. Der Leiter der preußischen Finanzen bewies sehr bald, daß er den Standpunkt des Parteimannes vollständig überwunden habe. Er wurde allmählich der Vertrauensmann der konservativen Partei, die ihm selbst während der manchesterlichen Aera des Caprivismus ihre Sympathien bezeugte, während scharfe, auf seinen Sturz abzielende Angriffe wiederholt aus den Reihen seiner ehemaligen Parteigenossen gegen ihn gerichtet wurden, die ihn als Vertreter des ostelbischen Agrarierthums zu verdächtigen suchten. Als die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Rußland schwebten, sollte Miquel behauptet haben, die Agrarier müßten die größten Esel sein, wenn sie für diesen Vertrag stimmen würden. Er erklärte sich zwar im Reichstage für den russischen Vertrag, aber er erkannte dabei rückhaltlos die schwere Nothlage der Landwirthschaft an und fand es durchaus begreiflich, daß Diejenigen, welche sich die herrschenden landwirthschaftlichen Zustände vor Augen halten, nach Kräften dem Handelsvertrage widerstreben. Die gesammte liberale Presse behauptete damals, Herr Miquel sei der Mann der äußersten Rechten. Thatsächlich mochten während der letzten Jahre die Konservativen den preußischen Finanzminister am wenigsten von sämmtlichen Ministern auf seinem Platze missen; die Nationalliberalen würden dagegen ihren früheren Parteiführer ohne Bedauern haben scheiden sehen.

Aehnlich ist es Herrn v. Hammerstein-Loxten ergangen. Allgemein herrschte die Ansicht, daß in seiner Wahl zum Landwirthschaftsminister ein bedeutsamer Schritt in dem gegenseitigen Entgegenkommen zu erblicken sei, das sich zwischen der Regierung und den Konservativen vollziehe. In seiner vormaligen Eigenschaft als Präsident des Deutschen Landwirthschaftsraths wurde er als der selbstgewählte erste Vertrauensmann der deutschen Landwirthe und als energischer Vertreter ihrer Interessen angesehen. Der neue Landwirthschaftsminister, hieß es in der konservativen Parteipresse, kennt die Nöthe und die Bedürfnisse der Landwirthschaft; er weiß selber genau, daß vor allen Dingen ein Mittel gefunden werden müsse, um die so tief gesunkenen Preise für landwirthschaftliche Erzeugnisse zu heben. Man setzte in ihn das Vertrauen, daß er den festen Willen habe, zur Besserung der landwirthschaftlichen Nothlage ganze Arbeit zu machen, und daß er darum auch den Weg dazu finden werde. Von der freihändlerischen und der Börsenpresse wurde der neue Landwirthschaftsminister sofort mit heftigen Angriffen überschüttet; die linksliberale Presse war in Folge seiner Wahl ganz aus dem Häuschen. Man befürchtete eine vollständige Umkehr in der Wirthschaftspolitik. „Es kann nicht scharf genug hervorgehoben werden", schrieb damals die „Freis. Ztg.", „daß in Freiherrn v. Hammerstein ein entschiedener Vertreter des einseitigsten Agrarierthums nach Art des Bundes der Landwirthe Sitz und Stimme im Ministerium erlangt hat. Es ist eine hohle Redensart, daß man die Thaten des Ministers erst abwarten müsse. Freiherr v. Hammerstein hat thatsächlich als Vorsitzender des Landwirthschaftsraths zu allen agrarpolitischen Fragen der Gegenwart in der denkbar einseitigsten Richtung vor der Oeffentlichkeit Stellung genommen. Trotzdem ist er zum Landwirthschaftsminister berufen worden. Man wird aber doch nicht Minister, um seine bisherige politische Haltung zu verleugnen." Jedoch schon als der neue Minister seine Programmrede im preußischen Abgeordnetenhause hielt, machte sich ein Stimmungswechsel bemerkbar. Während seiner Antrittsrede ertönte häufig von links her Zustimmung; am Schluß ertönte „lebhafter Beifall links", die Rechte aber verharrte in eisigem Schweigen. Am vorigen Freitag verzeichnete der Reichstagsbericht am Schluß der Rede Herrn v. Hammerstein's: „Lebhafter Beifall links. Zischen rechts!" Seit den traurigen Tagen, in denen die Reden des Grafen Caprivi und des Herrn v. Marschall bei der sozialdemokratisch-freisinnig-ultramontanen Reichstagsmehrheit stürmischen Applaus ernteten, ist kein Vertreter der verbündeten Regierungen von der Singer-Richter-Lieber'schen Linken so bejubelt worden, wie Herr v. Hammerstein, als er von der „sogenannten" konservativen Partei sprach und deren Agitation für den Antrag Kanitz, die sogar von dem Fürsten Bismarck gut geheißen worden ist, eine „geradezu gemeingefährliche" nannte. Es scheint doch, daß man zuweilen Minister wird, um seine bisherige politische Haltung zu wechseln. Als der preußische Staatsrath unter dem Vorsitz des Kaisers die agrarischen Fragen behandelt und den Antrag Kanitz für undurchführbar erklärt hatte, wies Herr v. Hammerstein-Loxten in nervöser Erregung die Zumuthung, zur Hebung der Getreidepreise beizutragen, zurück und gab seiner Ueberzeugung entrüstungsvollen Ausdruck, daß der Antrag Kanitz unmöglich sei. Vor seinem Eintritt in die Regierung hatte er den Muth gehabt, sich gegen die Handelsverträge auszusprechen, und noch am Anfang seiner ministeriellen Thätigkeit hatte er in seinen Reden durchblicken lassen, daß sich über den Antrag Kanitz reden lasse und seine Durchführung mit den Handelsverträgen wohl nicht im Widerspruch stehe.

Von mehreren Seiten ist berichtet worden, daß der Kaiser bei dem Festbankett am Sonnabend den Landwirthschaftsminister wegen seiner Rede über den Antrag Kanitz beglückwünscht habe. Von anderer Seite wird dagegen behauptet, daß der Kaiser über die scharfen Wendungen in der Rede zunächst sein Mißfallen ausgesprochen und sich erst zufrieden gegeben habe, nachdem ihm versichert worden sei, daß die scharfen Worte durch Zwischenrufe aus den Reihen der Rechten provocirt worden seien. Nach der „Schles. Ztg." waren die Urheber solcher ungehöriger Zwischenrufe nicht Konservative, sondern die dicht vor den Sitzen der Konservativen eng zusammenstehenden Antisemiten aus der Schule der Herren Ahlwardt und Zimmermann, von denen einer auch thatsächlich wegen eines unparlamentarischen Zwischenrufes zur Ordnung gerufen worden ist. Wie dem auch sein mag, jedenfalls hat man sich auch in Regierungskreisen des Eindrucks nicht zu erwehren vermocht, daß das Auftreten des preußischen Landwirthschaftsministers zum Mindesten in der Form taktisch unfein und ungeschickt gewesen ist, weil es ganz überflüssigerweise dazu angethan war, die parteipolitischen Gegensätze zu verschärfen und die Kämpfe, die um die Lösung der agrarischen Fragen geführt werden, zu verbittern. Um so wohlthuender berühren die Worte, die vorgestern Miquel im preußischen Abgeordnetenhause über die landwirthschaftliche Nothlage geäußert hat. Seine Auslassungen bilden nicht blos formell, sondern zum Theil auch sachlich einen entschiedenen Gegensatz zu der Haltung, die sein Kollege v. Hammerstein in seiner letzten Reichstagsrede eingenommen hat. Dieser hatte die Agrarier als „gemeingefährliche Agitatoren", als „sogenannte Konservative" charakterisirt; Miquel versicherte, daß er den Titel „Agrarier" als einen Ehrentitel ansehe. „Ueberfluß an Gedanken", setzte er hinzu, „ist jedenfalls besser als Mangel an Gedanken." Während der preußische Landwirthschaftsminister die Agitationen des Bundes der Landwirthe, die doch nur darauf ausgehen, die landwirthschaftliche Nothlage zu beseitigen, als eine große Gefahr für unsere bestehende Wirthschafts- und Gesellschaftsordnung ansieht, betonte der preußische Finanzminister, die Mittel zu Gunsten der Landwirthschaft müßten vermehrt werden. Der Staat müsse hier thun, was er thun könne; das liege nicht nur im Interesse der Gerechtigkeit und der sozialen Ausgleichung, sondern sei auch für den politischen Bestand des Staates von höchster Bedeutung. Solche Aeußerungen lassen erkennen, daß Miquel nach wie vor von dem verantwortungsschweren Ernst der landwirthschaftlichen Nothlage durchdrungen ist und daß er im Gegensatz zu seinem Kollegen v. Hammerstein weit davon entfernt ist, gegen die Konservativen die heftigsten Vorwürfe zu richten, weil sie für einen nach ihrer Auffassung durchführbaren Vorschlag zur Lösung einer der wichtigsten Agrarfragen mit unbeugsamer Entschiedenheit eintreten.

Vor 25 Jahren.

In dem Ausfall-Gefechte am 19. ds. Mts. vor Paris betrug der diesseitige Verlust an Todten, Verwundeten und Vermißten: 19 Offiziere, 616 Mann. Der Verlust des Feindes wird auf 600 Mann geschätzt, da allein über 100 vor der diesseitigen Front liegengebliebene Todte desselben konstatirt wurden. Gegen die Nord-Front von Paris sind neue Batterien auf nähere Distanzen in Thätigkeit getreten.

Abtheilungen der Süd-Armee haben südlich Besançon im Rücken der Bourbaki'schen Armee den Doubs überschritten. 31 Eisenbahnwagen, zum Theil mit Proviant, sind im Bahnhofe St. Vit genommen worden.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 22. Januar.

Berlin. Reichstag. Zur Berathung stehen die Anträge Bassermann und Liebermann v. Sonnenberg wegen Sicherung eines hypothekarischen Vorrechtes für Baulieferungen und Bauarbeiten. — Abg. Bassermann (nl.) begründet seinen Antrag, in welchem die Regierung um einen einschlägigen Gesetzentwurf ersucht wird. Zugleich vorgeschlagen ist, ein Pfandrecht in Erwägung zu ziehen, welches den durch die Leistungen der Handwerker und Bauarbeiter geschaffenen gerichtlich abgeschätzten Mehrwerth umfaßt und allen hypothekarischen Ansprüchen vorzugehen hätte, soweit solche den Liegenschaftswerth zur Zeit des Baubeginnes überschreiten. Gegen die richtige Schätzung der Taxatoren würde ja allerdings den Hypothekengläubigen ein Beschwerderecht eingeräumt werden müssen. Die gerichtliche Werthabschätzung der Liegenschaft müsse erfolgen einmal vor Beginn des Baues und sodann nach dem Bau. Die Differenz beider Schätzungen bildet den durch die Handwerker und Arbeiter geschaffenen Mehrwerth. Auf den Bodenwerth vor Beginn des Baues hat der Arbeiter und Handwerker natürlich keinen Anspruch; deshalb geht mir auch der Antrag Liebermann's zu weit. Was meinen Vorschlag anlangt, so stelle ich anheim, ob er etwa nur auf die Stätte auszudehnen wäre, oder auf völlige Neubauten, wo also nicht zuvor ein Abbruch stattgefunden hat. — Abg. Lotze (Antis.) empfiehlt den Antrag Liebermann, welcher den Forderungen der Bauhandwerker und Arbeiter ein Vorrecht vor sämmtlichen anderen Forderungen geben will. Eigentlich müsse festgesetzt werden, daß all' der Raub, welcher bisher an den Bauwerkern verübt worden ist, zurückgegeben werden müsse. Nicht wäre es, den Bauunternehmer als Kaufmann zu betrachten und ihn unter das Handelsgesetzbuch zu stellen. — Staatssekretär Nieberding: Die verbündeten Regierungen sind in dieser Frage nicht unthätig gewesen. Offen frage ich, ob der Weg der Reichsgesetzgebung zu beschreiten ist. Die Landesregierungen allein erkennen nicht das Bedürfniß einer allgemeinen Regelung an. Schärfere strafrechtliche Verantwortung der Bauunternehmer und Eintragung derselben in's Handelsregister, sowie hypothekarische Sicherstellung durch Eintragungen in das Grundbuch sind bei der Neubearbeitung des Handelsgesetzbuches vorgesehen. Dagegen kann ich den Antrag Bassermann in seinem zweiten Theile nicht empfehlen. Sie würden damit den Handwerkern vielleicht Steine statt Brot geben. Wenn Ihre Kommission den verbündeten Regierungen mit brauchbaren Vorschlägen kommt, werden diese dafür nur dankbar sein. — Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) stimmt prinzipiell den Ausführungen beider Antragsteller zu, hält aber doch das Hypothekenrecht für viel zu wichtig auch für den kleinen Mann und empfiehlt daher Ablehnung des Antrages Liebermann und Annahme des ersten Theiles des Antrages Bassermann. — Abg. Rintelen (Centr.) spricht für den Antrag Bassermann. Die Stellung einer Sicherheitshypothek allein genügt nicht. Einwände gegen den Antrag Bassermann erledigen sich dadurch, daß der Antrag doch Diejenigen nicht schädigt, welche ihren Boden nur bis zur Höhe seines Werthes belasten, nicht aber darüber hinaus. Ein Bedürfniß für ein solches Gesetz kann ja allerdings nur in großen Städten in großem Umfange bestehen, aber schaden kann es nirgends. — Staatssekretär Nieberding: In den Staaten Hessen und Württemberg würde ein solches Bedürfniß seitens der Regierung nicht anerkannt. Schaden kann ein Gesetz nach dem zweiten Theil des Antrags Bassermann insofern, als es die Hypothekarverhältnisse unsicher macht. — Abg. Pachnicke (freis. Ver.): Man darf den Handwerkern nicht alle Verantwortlichkeit abnehmen. Mir sind Fälle bekannt, wo die Bauhandwerker trotz der allerschlimmsten Auskünfte über den Bauunternehmer Kredit gewährt haben. Durch die vorliegenden Anträge würde die Kreditbasis, der Glaube an das Grundbuch, vollständig vernichtet und des Baugeschäftes würden sich dann nur noch die großen Baugesellschaften bemächtigen. Wie Sie hier den Handwerker schützen wollen, ebenso können die Arbeiter verlangen, daß sie gegen den Unternehmer geschützt werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). — Abg. v. Benningsen (nl.) wünscht, den Antrag Bassermann in seinem ersten Theile ohne Weiteres, ohne kommissarische Vorberathung, anzunehmen. In dem Wunsche nach einem Gesetzentwurf, welcher die Bauhandwerker schützt, sind wir doch Alle einig. — Staatssekretär Nieberding: Die Arbeiten zu einem solchen Gesetzentwurf seien schon im vollen Gange; es wäre erwünscht, wenn der Reichstag selbst durch eine Kommission mitarbeitete und Direktiven gäbe. Abg. v. Buchka (kons.): In Bezug auf die Gefährdung des Hypothekarkredits habe Pachnicke in gewissem Sinne recht. Darum sei der Antrag Liebermann unannehmbar und der Antrag Bassermann in seinem zweiten Theile mindestens unpraktisch. — Abg. Stadthagen (Soz.): Geregelt muß diese Frage endlich werden, andernfalls stellt sich das Reich in diesem Jubiläumsjahr ein schlechtes Zeugniß aus. — Abg. Bassermann zieht den zweiten Theil seines Antrages zurück. — Abg. Beckh (freis. Volksp.) betont namentlich die Nothwendigkeit eines Schutzes auch der Material-Lieferanten und erklärt sich gegen den Antrag Liebermann, der zur völligen Kreditlosigkeit der Bauunternehmer führen würde. — Nach den Schlußworten Bassermann's und Liebermann's wird der Antrag Bassermann, der jetzt nur noch die allgemeine Aufforderung an die Regierung zur Vorlegung eines Gesetzentwurfes enthält, angenommen, der Antrag Liebermann abgelehnt. — Morgen: Etat.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht an der Spitze seines amtlichen Theiles folgenden Dankerlaß des Kaisers: „Mit herzerhebender Begeisterung hat das deutsche Volk in Einmüthigkeit mit seinen erlauchten Fürsten das 25jährige Bestehen des neubegründeten Reiches gefeiert und dabei nicht nur in Dankbarkeit der Männer gedacht, deren Weisheit und Hingebung die langersehnte Wiedervereinigung der deutschen Stämme zu einer starken und Achtung gebietenden Gemeinschaft geschaffen haben, sondern auch von Herzen gelobt, sich der großen Vergangenheit würdig zu erweisen und allezeit in deutscher Mannentreue zu Kaiser und Reich zu stehen. Mit leuchtender Farbe ist dieses Gelöbniß. Mir aus all' den zahlreichen Telegrammen und Schriften entgegengetreten, welche Tausende von Deutschen im In- und Auslande bei der Erinnerungsfeier des denkwürdigen Ereignisses als Ausdruck ihrer reinen Vaterlandsliebe Mir gewidmet haben. Ich bin dadurch herzlich erfreut und in dem Vertrauen bestärkt worden, daß das deutsche Volk die Errungenschaften des 18. Januar 1871 sich nie und nimmer nehmen lassen und seine kostbarsten Güter im Ausblick zu Gott allezeit zu vertheidigen wissen wird. Allen, welche Mir ihre Mitarbeit an der weiteren Befestigung deutscher Einheit und Förderung deutscher Wohlfahrt kundgegeben und in treuer Anhänglichkeit Meiner gedacht haben, spreche ich Meinen wärmsten Dank aus. Wilhelm I. R."

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte die erste Berathung fort. — Abg. Dr. Bachem (Centr.) klagt über Zurücksetzung der Katholiken. Die Verordnung gegen die Betheiligung der Beamten an dem Begräbnisse Melcher's beweise die bestehende Disparität. — Finanzminister Dr. Miquel widerspricht dem: Melcher sei im Gegensatz zu Reinkens im Kriege mit dem Staat gestorben. Der Vorwurf der Disparität sei unbegründet. Erst kürzlich sei ein hervorragender Centrumsführer, Frhr. v. Heyl, an die Spitze der neuen Genossenschaftsbank gestellt worden. — Minister Schönstedt bemerkt noch, daß den Beamten eine Privatbetheiligung an der Beisetzung Melcher's nicht untersagt gewesen sei. — Abg. Dr. Bachem (Centr.) fordert ferner Wiederverlegung des Schulgesetzes und Reform des Wahlrechtes. Vor der Sozialdemokratie brauche man sich nicht zu fürchten, denn der Hinweis auf Sachsen treffe nicht zu. Dort arbeitet ein unzweckmäßiges Vereinsgesetz besser für die Sozialdemokratie als alle Agitatoren. — Abg. Rickert (freis. Ver.) sprach gegen ein Schulgesetz nach Zedlitz'schem Muster und die Agitation des Bundes der Landwirthe, mit der die Regierung bald aufräumen sollte. — Abg. v. Kröcher (kons.) giebt als Mitglied des „Kreuzzeitungs"-Komitees eine eingehende Darstellung des Falles Hammerstein und weist nach, daß weder dem Komitee, noch ihm eine Verschleppung zu dem Zwecke, Hammerstein der strafrechtlichen Verfolgung zu entziehen, vorzuwerfen sei. Im Dezember v. J. sei Hammerstein gekündigt

Wund's Fleischextract (Kemfleisch)
Dresdner Molkerei Gebr. Winkler, Bankstr. 79.
Trocken-Eiern